

„Ja, deutsche Arbeitgeber werden auch künftig mehr geben müssen als Arbeit.“

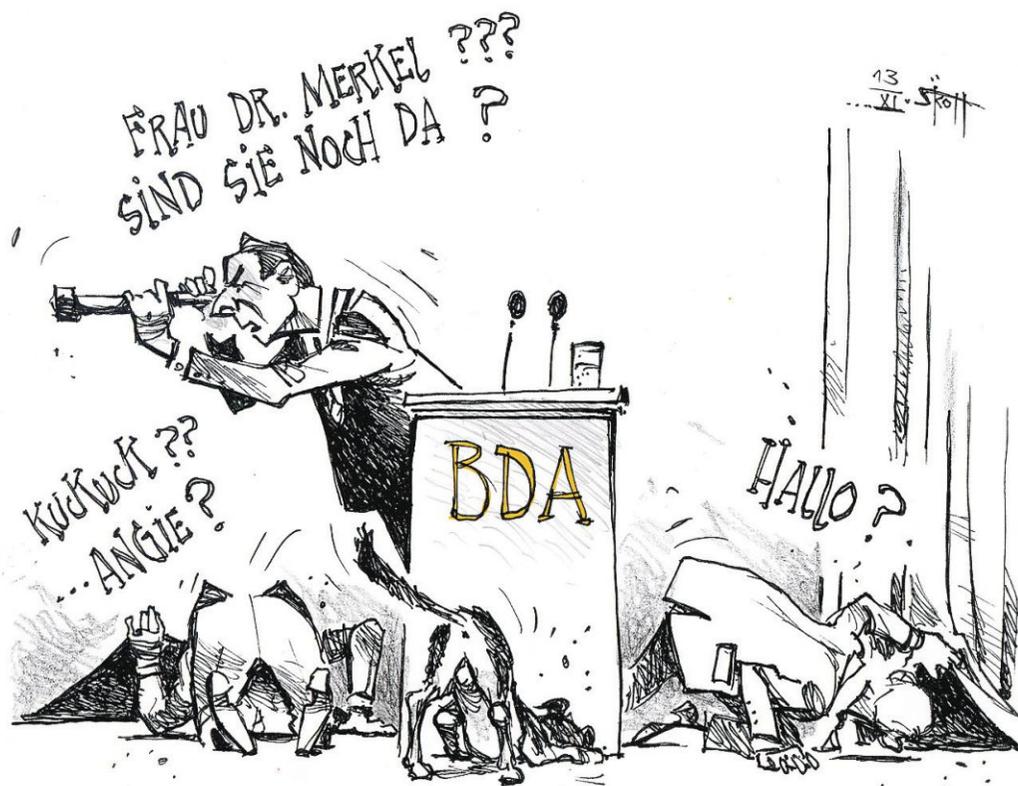
Joachim Gauck,

Bundespräsident, ruft die Unternehmen angesichts des Fachkräftemangels und der alternenden Gesellschaft auf, mehr für Frauen, Familien und Zuwanderer zu tun

„Deutschland verabschiedet sich immer weiter von einer restriktiven Exportpolitik und ignoriert die eigenen Richtlinien und Menschenrechtsberichte.“

Katja Keul,

Grünen-Fraktionsgeschäftsführerin, zum Rüstungsbericht der Bundesregierung



## RÜSTUNGSEXPORTE

# Neues Ritual

Deutschland diskutiert künftig gehaltvoller über Waffenverkäufe ins Ausland, hofft **Till Hoppe**.



Es hat etwas von einem lieb gewonnenen Ritual: Die Bundesregierung legt ihren jährlichen Bericht über genehmigte Rüstungsexporte vor - und löst damit umgehend einen Sturm der Entrüstung über die Morallosigkeit der Herrschenden im linken Teil des politischen Spektrums aus. Dieses Ritual ist allerdings eben-

so vorhersehbar wie ermüdend. Es wird Zeit für etwas Neues.

Die gute Nachricht ist: Genau das ist in Sicht. Wenn sich Union und SPD schlussendlich auf eine Koalition verständigen, wollen sie einen Gutteil der bisherigen Heimlichkeit bei der Genehmigung der Waffengeschäfte aufgeben. Bisher muss die Bundesregierung nur mit großem Zeitverzug und einmal pro Jahr Farbe bekennen, welche Exporte sie im geheim tagenden Bundessicherheitsrat längst erlaubt hat. Künftig soll sie Bundestag und Öffentlichkeit unmittelbar nach einer finalen Genehmigung informieren. Damit wächst der Rechtfertigungsdruck auf die Regierung ganz erheblich.

Endlich muss sie ihre Entscheidungen begründen und mit Argumenten gegen die Empörungsmaschinerie der Opposition arbeiten. Die Debatte über das Thema Rüstungsexporte, bislang nicht mehr als eine dünne Suppe voller Floskeln, dürfte dadurch deutlich gehaltvoller werden.

Sollte die SPD tatsächlich Regierungspartei werden, dürfte es um Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien ohnehin geschehen sein. Die Sozialdemokraten haben die besonders umstrittenen Deals unter Schwarz-Gelb derart heftig verurteilt, dass sie, einmal im Kabinett angekommen, diese unmöglich durchwinken können - und wohl auch gar nicht wollen.

Für die hiesigen Rüstungsunternehmen verheißt das nichts Gutes. Die zahlungskräftige, aber politisch heikle Golfregion gehört zu den wenigen Märkten, in denen die Nachfrage noch wächst. EADS-Chef Thomas Enders klagt schon heute lautstark über fehlende Aufträge der Bundeswehr und anderer Nato-Armeen. Er will deshalb in der Rüstungssparte Tausende Stellen streichen. Auch wenn Enders die Schuld nicht allein bei der Politik suchen sollte: Eine ehrliche Debatte über das Für und Wider von Rüstungsausfuhr sollte sich auch damit auseinandersetzen, wie viel Rüstungsindustrie sich Deutschland noch leisten will.

Der Autor ist Korrespondent in Berlin.

Sie erreichen ihn unter:  
[hoppe@handelsblatt.com](mailto:hoppe@handelsblatt.com)

## GASTBEITRAG

# Handelsware Frau

Die Kampagne der Alice Schwarzer gegen das „System“ Prostitution in Deutschland trifft erkennbar ins Schwarze. Sie trifft voll ins Ziel und erzeugt öffentliches Erschrecken und Gewissensforschung. Sie begnügt sich nicht mit dem üblichen Small Talk: „Wie geht's?“ Sie setzt spielverderberisch und wahrheitsverliebt nach: „Und wie geht's wirklich?“

Schon dafür verdient sie großes Lob und Anerkennung. Hierzulande riskiert niemand Freiheit und Leben, wenn er den Finger auf offene Wunden legt. Umso beschämender, wenn es Parlament und Exekutive nicht tun. Umso löblicher, wenn sich der Bürger damit nicht zufriedengibt.

Eigentlich schien ja alles in Butter. Das rot-grüne Prostitutionsgesetz (ProstG) von 2001 sollte das älteste Gewerbe der Welt in Deutschland aus der Grauzone holen. Wenn dieses Marktsegment nicht mehr grundsätzlich als „sittenwidrig“ galt, waren Verträge möglich wie bei jeder anderen Dienstleistung auch. Der „Freier“ soll zahlen. Sexarbeiterinnen konnten sich sozialversichern. Ihre Position wurde gestärkt. Man erhoffte sich „ordentliche“ Verhältnisse, die Durchlüftung und Durchleuchtung eines Milieus, das sonst eher im Halbschatten der öffentlichen Doppelmoral gedeiht. Das Soziale im marktwirtschaftlichen Gewissen sollte geweckt werden.

Die schöne Theorie änderte jedoch wenig an der hässlichen Realität. Deutschland - so die Beobachter sexueller Wanderwege - wurde zum Traumziel für Kunden aus dem Westen und für Fänger und Schlepper aus dem Osten. Beide nutzten die Notlage von Frauen aus, auch Gutgläubigkeit gegenüber windigen Versprechungen. Von freier Selbstbestimmung keine Rede. Das brutale

Gefälle zwischen Reichtum hüben und Armut drüben machte es erschreckend leicht.

Während der Anbau deutscher Weihnachtsbäume nun durch eine rot-grüne Landesregierung genau geregelt und limitiert wird und staatliche Regelungswut wuchert, sind Menschenhandel und Sklaverei die stillschweigend akzeptierte Realität. Die Händler gehen ihrer scheinbar geregelten Arbeit nach. Die Konsumenten dürfen sich einreden, auch im Rotlicht-Dschungel sei alles im grünen Bereich. Die lebende „Handelsware“ wird nicht gefragt, heute so wenig wie früher.

Wenn aber nach polizeilicher Schätzung nur wenige Frauen ihren Entspannungsdienst freiwillig tun, unterliegen die meisten einem mehr oder weniger scharfen Zwang. Mann beutet sie skrupellos aus, zwingt sie zum Schweigen, hält sie mit falschen Hoffnungen hin, erpresst sie mit drohender Abschiebung. Sie erleben Gewalt in vielfacher Hinsicht.

Ein Gesetz bleibt folgenlos, wenn man es sich selbst überlässt. Die beschlossenen Regeln müssen durchgesetzt werden, ihre Beachtung muss dauerhaft kontrolliert und Verstöße müssen geahndet werden. Vor allem sind die Bedingungen zu analysieren, die den Regelungsbedarf überhaupt erst erzeugen. Organisiertes Verbrechen wird nicht dadurch gut, dass es bürokratisch scheinbar korrekt auftritt. Wer ein Verbot der Prostitution fordert, hat erkannt, dass sie nicht durch marktgängige Regeln zu zivilisieren ist. Vor allem aber gibt er einen Anstoß, endlich gegen diese inhumane Ausbeutung vorzugehen.

Der Autor ist stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Brost-Stiftung. Sie erreichen ihn unter:  
[gastautor@handelsblatt.com](mailto:gastautor@handelsblatt.com)

Prostitution ist eine moderne Form der Sklaverei und inhumane Ausbeutung, meint **Bodo Hombach**.

